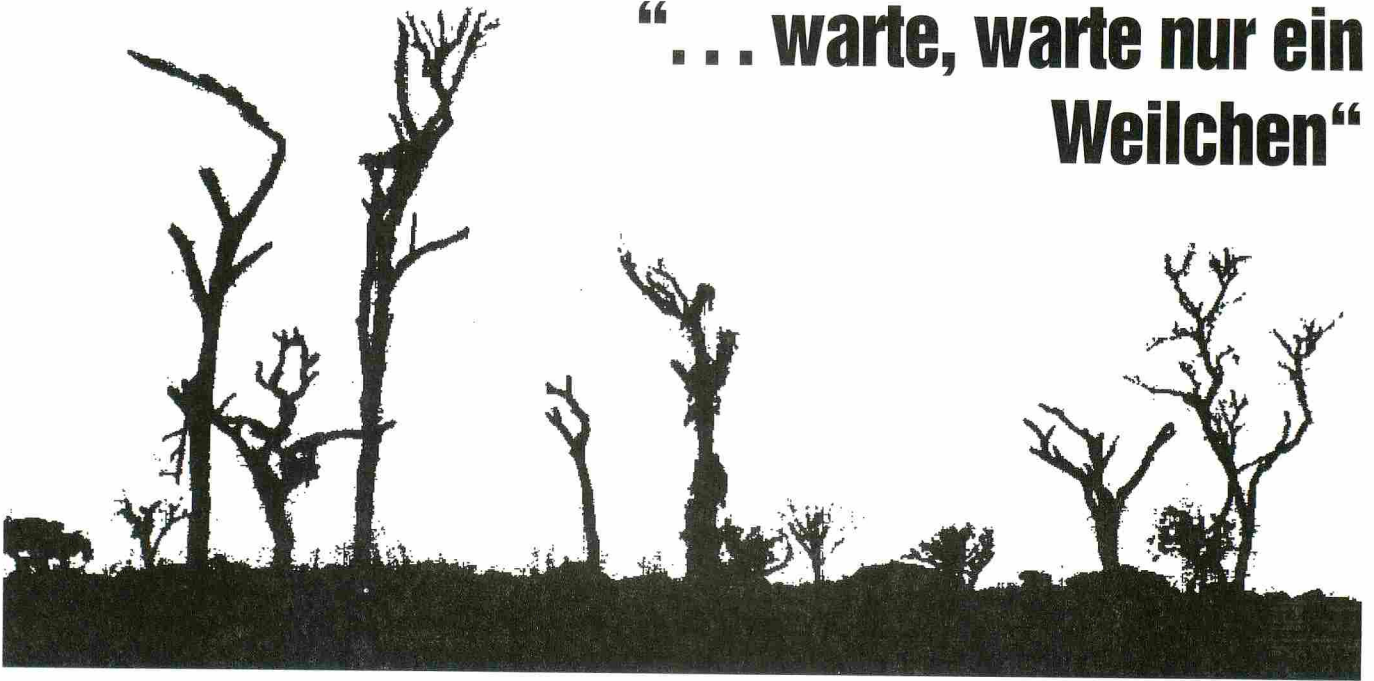


**“... warte, warte nur ein
Weilchen“**



Es stimmt schon: „Erst leidet der Wald, dann die Menschen“. Jeder, der mit offenen Augen durch unseren Wald geht, sieht: Die alten Bäume sterben. Das Forstamt warnt: „Grabt dem Wald das Wasser nicht ab!“. Der Grund: Immer mehr Menschen werden in unser Ballungsgebiet geholt, Flächen werden versiegelt, die Menschen brauchen Wasser, weitere Pumpen im Wald lassen erneut Waldflächen absterben.

Gleichzeitig wird weiter gesägt und gefällt. Dem Flughafen wurden seit seiner Entstehung vor 60 Jahren 17,4 Quadratkilometer geopfert. Nach dem Bau der Startbahn/West gingen dort erneut 61 ha verloren, für Cargo-City sollen es wieder 30 ha sein. Für unterschiedliche Vorhaben plant man in unserer Region weitere 161 ha zu roden. Höchste Zeit für entschiedenere Proteste!

Das Rhein-Main-Gebiet ist geprägt durch dichte Besiedlung, Industriekonzentration und es ist zerschnitten von Autobahnen und Straßen. Im Ballungsgebiet Rhein-Main leben 2,3 Millionen Menschen und es gibt eine ca. 60000 Hektar große Waldfläche. Man könnte es aber auch einmal anders ausdrücken: 40% der hessischen Bevölkerung müssen mit 7% Landeswaldfläche auskommen. Dem Wald kommt gerade daher eine wichtige ökologische Funktion zu. Er dient als Erholungsgebiet und Sauerstoffversorger für die Bevöl-

kerung. Durch die Zunahme der Abgase und Immissionen sowie des Ozongehaltes ist die Gesundheit des Waldes und der Waldbestand stark gefährdet. Wälder sterben weiter ab und es gibt immer mehr versauerte Böden. Hinzu kommen milde Winter und trockene Sommer. Das hat zur Folge, daß sich waldschädigende Insekten ausbreiten können. Borken-, Pracht- und Maikäfer sowie Schwammspinner vermehren sich schnell. Durch diese Vermehrung entstehen neue Verluste an Waldbeständen. Alte Bäume sind in

ihrer Existenz besonders gefährdet. Der BUND und die Forstämter haben auf diese Entwicklung mehrfach hingewiesen. Von den über 60jährigen Bäumen
(Fortsetzung nächste Seite)

In eigener Sache

Sie haben es gemerkt - wir haben den "blickpunkt"-Kopf ein bißchen modernisiert.

Nicht verändert wird der Inhalt dieser Zeitung. Wir wollen weiter das Sprachrohr der linken Opposition in unserer Stadt sein.

ist in Hessen nur noch jeder zwanzigste gesund. So ist beispielsweise die Buche am stärksten von Waldschäden betroffen. Bereits über 90% ihrer Altbestände sind nicht mehr voll belaubt. Dies kann man auch in den Wäldern rund um Mörfelden-Walldorf ganz deutlich sehen. Ein weiteres Problem für den Wald sind die Schwefel und Stickoxidverbindungen, die mit den Niederschlägen in die Waldböden gelangen. Dadurch wird die natürliche Bodenfunktion gestört und die Wurzelbildung beeinträchtigt. Die Waldvergrasung wird begünstigt und Bäume werden gegenüber Schädlingen, Frost- und Trockenperioden anfälliger. Dem Wald muß dringend geholfen werden. Aber was wird getan? Um Autoabgase zu mindern, müßte der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und attraktiver werden. Immer mehr Menschen strömen in das Rhein-Main-Gebiet. Neue Wohn- und Baugebiete werden ausgewiesen, die Flächenversiegelung nimmt zu und der Grundwasserspiegel sinkt ab. Die Waldbestände werden für weitere Bauvorhaben geopfert. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen können, dann ist unsere Region ökologisch nicht mehr zu retten.

Helga Fritz

Keine ruhige Nacht mehr

Der nächtliche Fluglärm steigt und er wird noch zunehmen, wenn die Cargo-City-Pläne reifen. Generell haben nächtliche Flugbewegungen (zwischen 22 und 6 Uhr) im ersten Quartal 1994 erneut zugenommen. Beim Zivilverkehr gab es einen Zuwachs von 6,2%, bei der Air Force von 1,1%. Im April gab es durchschnittlich 67,5 Nachtflugbewegungen. (War da nicht einmal von Nachtflugbeschränkungen die Rede?) Die Gesamtzahl der Flugbewegungen stieg im ersten Quartal auf 89.995. Das sind 5,4% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Fluglärmbeschwerdestelle hat übrigens die Telefon-Nummer: 069/69039001 oder 069/69022001.

Aus dem Stadtparlament

Die Fraktion DKP/Offene Liste hat folgende Anträge gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Baumbestand auf dem stadteigenen Teil des Allendeplatzes in Mörfelden soll erhalten bleiben. Die Planungen für die Neugestaltung des Platzes sollen diesem Anliegen Rechnung tragen.

Begründung:

Die vorliegenden Pläne über die Neugestaltung des Allendeplatzes nehmen kaum Rücksicht auf die 20 bis 25 Jahre alten Bäume. Wahrscheinlich fand bei der Erstellung der Pläne keine genaue Bestandsaufnahme und Markierung der Standorte statt. Teilweise stehen hier Stieleichen bis zu 1,50 m Stammumfang. Es wäre nicht zu verantworten, wenn diese Bäume gefällt würden. Es ist auch nicht einsehbar, daß ein derartiger Baum einem Parkplatz weichen müßte. Außerdem erspart das Erhalten der Bäume auch noch Geld.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In städt. Wohnhäusern werden Wasserzähler für jede Wohneinheit installiert. Die Träger des Soz. Wohnungsbaus in unserer Stadt werden aufgefordert, dies ebenfalls zu realisieren. Ein Programm der Stadt, das Beratung, Unterstützung und finanzielle Förderung beinhaltet, wird erarbeitet, um auch in privaten Wohnanlagen für jede Wohnung Wasserzähler einzurichten.

Begründung:

Konsens dürfte die Einsicht in die Notwendigkeit von Sparsamkeit im Umgang mit Trinkwasser sein. Um das Einsparen für jeden sichtbar und fühlbar (für seinen Geldbeutel) zu machen, ist die erste Voraussetzung, daß er den eigenen Wasserverbrauch kontrollieren kann. Dazu ist ein Wasserzähler für jede Wohneinheit die erste Voraussetzung.

Die Stadt sollte dazu in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken als Wasserförderer und -lieferer die Bürger aufklären, beraten und ihnen helfen, diese Voraussetzungen zu schaffen.

Die Nachbarstadt Rüsselsheim praktiziert ein solches Wassersparprogramm, das durch das Land (aus dem Grundabwasserabgabepf) unterstützt wird. Solches sollte auch in unserer Stadt machbar sein.

Übrigens, es gibt 3 gute Gründe am 16. Oktober '94 PDS zu wählen: CDU, SPD, FDP.

LINKE RUNDE
Diskussionsforum der
DKP Mörfelden-Walldorf

»Cuba sí«

Ein Solidaritätsabend

Mittwoch, 5. Oktober 1994, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum

Kein Platz für Radfahrer

In unserer Stadt tut sich aber rein gar nichts, damit das Radfahren auch für ältere Bürger sicherer wird und noch mehr Menschen zum Radfahren animiert werden. Es gibt in den beiden Stadtteilen nur wenige und in den Kernbereichen keine Radwege und kaum eine Randsteinabsenkung. Der Verkehr nimmt zu und durch Umbaumaßnahmen (s. Mörfelder Darmstädter- und Dieselstraße, oder auch künftig in der Walldorfer Farmstraße) werden die Straßenverhältnisse für Radfahrer noch komplizierter.

Am Beispiel Darmstädter- und Dieselstraße wird es sehr deutlich. Die Anwohner beschwerten sich mit Recht, daß dort die Autofahrer zu schnell fahren. Die Stadt reagierte und verengte die Straße mit versetzt angeordneten Parknischen und Blumenkübeln. Die Radfahrer sind nun gezwungen, ebenfalls wie die vielen Pkw, Lkw und Busse, die verengte schlangelinienförmige Fahrbahn zu benutzen. Dies ist bei starkem Verkehr nur Lebensmüden zu empfehlen.

In jüngster Zeit kümmerte sich der Magistrat und die Stadtverordneten um die Ausweitung der Tempo-30-Zonen. Nach Besichtigung der Farmstraße in Walldorf wird in Erwägung gezogen, diese Straße vorerst nicht in die Tempo-30-Zone einzubeziehen. Aber es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Fußgänger besser an den Überwegen die Straßen überqueren können. Dazu werden Verkehrsinseln angelegt. Eine Modellvariante, die beidseitige Rad-/Fußwege und eine verengte Fahrbahn vorsieht und dazu noch einseitiges Parken erlaubt, erscheint uns sinnvoll. Das bedeutet natürlich, daß Parkplätze wegfallen. Es hat sich aber in anderen Städten gezeigt, daß die Leute gerne aufs Fahrrad umsteigen, wenn sie damit Zeit sparen und sicher ans Ziel kommen. Im Zuge der dringend notwendigen Fahrbahnreparatur in der Farmstraße sollte man nicht erst langwierige Versuche und Übergangslösungen, gar Provisorien schaffen. Entschlossenes und zügiges Handeln ist gefragt.

Eine logische, zukunftsorientierte und zügige Herangehensweise an die

Probleme des innerstädtischen Verkehrs ist das nicht. Grundsätzlich muß man wissen, daß der Verkehr in der Farmstraße nach Bebauung des Gebietes Plassage/Lange Äcker noch enorm zunimmt. Mit mehr und besser anzufahrenden Parknischen, die die Fahrbahn verengen und damit den Verkehr langsamer werden lassen ist es nicht getan bzw. wird hiermit der falsche Weg eingeschlagen. Man weiß, die Bürger kommen wegen der Schleperei kaum noch zu Fuß zum Einkaufen. Davon profitieren die Supermärkte mit großen Parkplätzen. Wer eine gute Infrastruktur in den Innenstädten mit einer Geschäftsvielfalt erhalten oder erst schaffen will, muß die Möglichkeit bieten, daß diese von Radfahrern (auch älteren) gut und sicher angefahren werden können. Außerdem sollten an den Geschäften gute Fahrradabstellmöglichkeiten vorhanden sein. Mehr Parkplätze für Pkw dort zu schaffen ist nicht die Lösung, da sie in Stoßzeiten doch nie ausreichen und nur die Verkehrsdichte, den Verkehrslärm und die Luftverschmutzung vervielfachen durch parkplatzsuchende Autofahrer. HH

Unternehmen Zukunft?

Häufig hört man in letzter Zeit davon, daß Streckenarbeiter der Bahn von Intercity-Zügen erfaßt und getötet werden. Im Mörfelder Bahnhof könnte das leicht Fahrgästen passieren.

Letztens fuhr der Zug nach Frankfurt - ohne vorherige Durchsage - statt auf Gleis 1 auf Gleis 2 ein. Die überraschten Fahrgäste stolperten über die Gleise, um einzusteigen, da keiner den Zug verpassen wollte. Kaum waren alle glücklich eingestiegen, raste auf Gleis 1 der ICE durch - ebenfalls ohne vorherige Durchsage. Da dies wohl kein Einzelfall ist, muß dringend mit der Bahn AG über Fragen der Sicherheit im Bahnhofsbereich gesprochen werden. Der jetzige Zustand - mit Tendenz zur Verschlechterung im Nahverkehrsbereich - ist jedenfalls keine Werbung. Da hatte wahrscheinlich die DDR-Reichsbahn bessere Standards. GS

Es gibt im neuen Schuljahr noch weniger Unterricht. Ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer stehen zur Verfügung, sie werden jedoch nicht eingestellt. Dies liegt in der Verantwortung der Landesregierung; die Proteste beim Schulamt nützen wenig.

Diese Landesregierung beschreibt viel Papier, verabschiedete ein Schulgesetz und entwickelte durchaus sinnvolle Sondermaßnahmen wie Integrationsklassen (gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern), Schule mit festen Öffnungszeiten, Betreuung ausländischer Kinder usw...

Was aber nutzen alle Ideen, wenn das Ergebnis größere Klassen und weniger (und damit schlechterer) Unterricht ist.

Die Ausrede, es sei in diesem reichen Land kein Geld da, kann eigentlich nur für jene gemeint sein, die durch diese Schulbildung das Rechnen verlernt haben. Die BRD liegt mit den Bildungsausgaben (prozentual am Gesamthaushalt) in Europa schon seit Jahrzehnten mit am Ende.

Munitionsdepot wird geräumt

Eine Meldung ging durch die Medien, die uns sehr gefreut hat. Das Munitionsdepot im Mörfelder Oberwald wird von den Amerikanern geräumt. Jahrelang hatten wir mit Anträgen und Anfragen im Parlament gedrängt, daß Auskunft über die Waffen gegeben würden, die dort gelagert werden. Die Vermutungen gingen bis zu ABC-Waffen, die in der Nähe des Rhein-Main-Flughafens in Reserve gehalten würden.

Schon im vergangenen Jahr hörten wir von der Räumung des Areals, doch kurz darauf entpuppte sich die Meldung als falsch. Hoffentlich bleibt es jetzt beim beabsichtigten Abzug. Über die Hinterlassenschaften des Militärs kann man nur spekulieren. Eine genaue Bodenuntersuchung wird Aufschluß geben. Der Stadt Mörfelden-Walldorf muß an einer Gefahrstoffbeseitigung sehr interessiert sein, denn es ist teilweise ihr Territorium und bezieht aus der Nähe einen Teil ihres Trinkwassers. rd

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche Ausgaben für Sport- und Erholung sind kein Luxus

Die Wirtschafts- und Gesellschaftskrise wirkt sich auch in unserer Stadt aus. Die Presse berichtete zwar oft über die Finanzmisere, schilderte aber kaum die Ursachen dafür. Kürzlich gab es einen Bericht über die Genehmigung des Stadthaushaltes 1994 durch den Landrat als Kommunalaufsicht. In einem Begleitschreiben moniert der Landrat die fehlende Deckung im Verwaltungshaushalt. Er hielt nicht hinter dem Berg bei seinen Lösungsvorschlägen, die auf einen einfachen Nenner gebracht lauten: Die Gebühren und Beiträge sind anzuheben. Nun haben die „Großen Koalitionäre“ aus SPD und CDU schon in diesem Jahr an der Gebührenschaube kräftig gedreht, doch es scheint immer noch nicht genug. Aus den Kreisen der beiden großen Parteien hört man keinen Aufschrei ob der neuerlich geforderten Erhöhungen, denn schließlich hat die Finanzmisere doch politische Ursachen. Die Gesetzgeber haben jahrelang eine Finanzpolitik betrieben, die mitverantwortlich war für die tiefe Rezession, die Abschiebung der Lasten auf die Kommunen durch Steuerumverteilung und Aufgabenzuweisung. Dies hat dramatische Folgen für die Gemeinden.

Im nächsten Jahr wird dies fortgesetzt durch die Kürzung etwa bei der Arbeitslosenhilfe. Folge: Mehr Menschen werden Sozialhilfeempfänger, und die trägt die Kommune oder der Kreis. Aber dieser holt sie sich durch die Kreisumlage wieder zurück. Im nächsten Jahr kommen durch die Einführung der Pflegeversicherung und durch Wiedereinführung des Solidarabschlages weitere drastische Lohnabstriche auf die arbeitende Bevölkerung zu. Folge: Weniger Kaufkraft.

Wenn die Stadt mit der Gebührenerhöhung weiter fortschreitet (mit der Kanal-, Friedhofs-, Müllabfuhrgebührenanhebung ist zu rechnen), wird ein weiteres Mal in die Tasche der Bürger gegriffen.

Die Städte wehren sich gegen die Finanzmisere auch noch auf andere

Weise: drastischer Personal- und Leistungsabbau. Die Großstadt Frankfurt schließt kulturelle Einrichtungen, Schwimmbäder, reduziert die Stadtwerke um ca. 2000 Beschäftigte. Mag die Rechnung kurzfristig auch aufgehen, sie kann nicht die Lösung sein.

Das Kämpfen verlernt

Die Talfahrt der Kommunal-Finanzien wird immer schneller. Während die Bundesregierung den wirtschaftlichen Aufschwung beschwört, stellen fast überall die Bürgermeister und Stadtkämmerer fest, daß die Kassenlage ihrer Kommunen noch nie so schlecht war wie gegenwärtig und zwar gleichermaßen in den alten wie den neuen Bundesländern.

Im letzten kommunalen Finanzbericht des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden wird von einer wachsenden „Finanzgrätsche“ der Kommunen gesprochen. Denn: Die Ausgaben der Städte und Gemeinden sind im ersten Quartal dieses Jahres erneut stärker gestiegen als die Einnahmen. Ausgaben von 60,1 Milliarden stehen Einnahmen von nur 58,9 Milliarden gegenüber. Es entstand somit in drei Monaten ein Finanzierungsdefizit von 7,2 Milliarden, welches von den Städten und Gemeinden nur über Gebührenerhöhungen, Grundstücksverkäufe, Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, „Personalkostenabbau“, Kürzung sogenannter freiwilliger Sozialleistungen oder durch weitere Verschuldung zu schließen war. Sagen wir es deutlich „Die Kommunen sind am Ende“.

Ausnahmslos alle Kommunalpolitiker sehen als Ursache der Finanzkatastrophe der Kommunen die Bundes- und Landespolitik. Immer neue Umlagen für die Kommunen, Entlastung des Bundeshaushalts auf Kosten der kommunalen Haushalte, Aufgabenübertragung durch den

Die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, die Sport- und Erholungseinrichtungen sind kein Luxus, sondern eine notwendige Voraussetzung für das Zusammenleben so vieler Menschen auf engstem Raum.

Durch die Entlassungen der öffentlichen Hand werden auch Menschen in die Arbeitslosigkeit und ins Elend getrieben. Sie werden über die Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe auf den Taschen der Noch-Beschäftigten liegen. Der Teufelskreis wird dadurch nicht gesprengt, das Elend nimmt nur eine neue Drehung in der Abwärtsspirale. An die Superprofite der Banken und Konzerne geht keiner. rd

Bund ohne Ausgleich für die dadurch entstehenden Mehrausgaben, starkes Anwachsen der Sozialhilfezahlungen, die bekanntlich allein die Kommunen zu tragen haben, dazu sinkende Gewerbesteuereinnahmen - das sind die Hauptursachen kommunaler Verelendung.

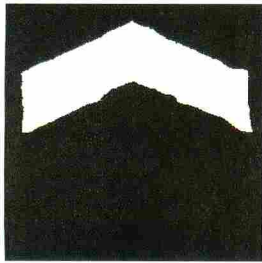
Von „oben“ kommt meist nur die kaum versteckte Aufforderung an die kommunalen Gebietskörperschaften, bei den Gebühren noch mehr „zuzulangen“.

Daß Städte und Gemeinden diesen Rat schon längst praktizieren, beweist der Bericht des statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, wonach in den ersten drei Monaten 1994 die kommunalen Einnahmen nur noch durch Gebührenerhöhungen gestiegen sind - um 8,9 Milliarden Mark gleich 10,8 Prozent. Auch in unserer Stadt hat Kämmerer Vorndran und die schwarz-rosa Koalition kaum andere Ideen. In Frankfurt haben immerhin Sozialdemokraten wie DGB-Chef Dieter Hooge und Stadtrat Dieter Dehm die Banken aufgefordert, der Stadt für ein Jahr die Zinsen zu erlassen.

Ein solches Zinsmoratorium wäre für die Banken leicht möglich. Gehören sie doch zu den „Kriegsgewinnlern“ des „Kalten Krieges“. (Die Deutsche Bank hat allein im ersten Halbjahr 1994 1,9 Milliarden geschneidelt.)

Allerdings, ein solches Zinsmoratorium kommt nicht von allein. Da muß man schon ein bißchen kämpfen. Ich fürchte nur, unsere hiesigen Sozialdemokraten haben's schon lange verlernt.

Rudi Hechler



KULTUR Initiative

■ Mörfelden-Walldorf e.V.

Von der „Kulturinitiative e.V.“ erhielten wir eine Pressemitteilung in der es u.a. heißt:

Am Sonntag den, 18. September ist es soweit. In den beiden Wahllokalen, in der Albert-Schweitzer-Schule und der Waldenserschule, sind Sie nun aufgerufen, nach dem dreijährigen Tauziehen, durch einen Bürgerentscheid endgültig über die Zukunft des Alten Rathauses in Mörfelden zu entscheiden. Es liegt in Ihrer Hand, ob das seit 1991 geplante Kulturcafé im Alten Rathaus nun endlich Wirklichkeit wird.

Wie konnte es soweit kommen, daß das Kulturcafé noch unmittelbar vor seiner Umsetzung abgesägt wurde?

Schließlich war es von allen Parteien, außer der CDU, beschlossen worden. Es war die SPD-Fraktion, die ihrer Idee vom Kulturcafé den Garaus machte, um mit der CDU zu einem Haushalt '94 zu kommen. Da half auch der Bürgermeister nicht mehr, der sich offen für ein Kulturcafé aussprach.

Um Inhalte ging es bei der Diskussion um das Kulturcafé nie. Es waren die Finanzen, die als Argument gegen das Kulturcafé herhalten mußten. Und so heißt es denn auch unisono von SPD und CDU: „In einer Zeit der finanziellen Engpässe müsse man eben unterscheiden zwischen wünschenswerten und unbedingt notwendigen Maßnahmen“. Deshalb müsse die Verwaltung aus der Kirchgasse in das Alte Rathaus umziehen, um die Miete von monatlich DM 2.600,- einzusparen. Zudem sei ein Kulturcafé mit hohen Umbaukosten und laufenden Kosten verbunden, die nur durch neue Kredite finanzierbar seien.

Aber wie sieht es mit den Umbaukosten für die Verwaltung aus? Auch dazu ist Geld nötig. Nach Berechnung des städtischen Bauamtes kostet der Umbau für die Verwaltung nicht weni-

ger als für das Kulturcafé. Und so hat es auch der Fraktionsvorsitzende der SPD formuliert, als er von „Kostenneutralität“ sprach, mit der er die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens begründete.

Ob Kulturcafé oder Verwaltung, der Umbau kostet das gleiche Geld.

Bleiben die angeblich laufenden Kosten für den Kulturbetrieb. Daß ein breitgefächertes und anspruchsvolles Kulturprogramm nicht zwingend hohe Kosten verursacht, hat die Kulturinitiative mit zahlreichen Veranstaltungen in den letzten Jahren bewiesen. Mit dem Cafébetrieb besitzt das Kulturcafé eine sichere Einnahmequelle, aus der das laufende Kulturprogramm, soweit es sich nicht deckt, zu finanzieren ist.

Nach den städtischen Berechnungen wird das Kulturcafé einen Mietgewinn von mind. monatlich 3.500 DM einbringen. Die Kosten für die Kultur schon abgezogen. Im Klartext, die Verlegung der Verwaltung spart 2.600 DM, das Kulturcafé bringt mind. 3.500 DM ein. Das macht ein plus von 900 DM pro Monat für das Kulturcafé.

Das heißt, das Kulturcafé kostet keinen Pfennig zusätzlich, sondern bringt dem Stadtsäckel noch Geld ein.

Gänzlich umsonst erhalten wir einen belebten und attraktiven Stadtkern, der auch nach Geschäftsschluß nicht mit einem leeren Verwaltungsgebäude verödet und ein Kulturprogramm, das das kulturelle Leben in unserer Stadt ergänzt und aufwertet.

Wer aber weiterhin sagt, wir müssen sparen und sei es eben nur die Miete aus der Kirchgasse, der möge folgendes bedenken: In wenigen Jahren, so ist es von SPD und CDU fest eingeplant, wird das Walldorfer Rathaus

vergrößert. Dann wird es kein weiteres Verwaltungsgebäude außerhalb der beiden Rathäuser mehr geben. Für die Verwaltung im Alten Rathaus hieße das, nach kurzer Zeit des Einzugs, ein erneuter Umzug.

Mal abgesehen davon, daß dies allein eine Unsumme kostet, entstehen für die Stadt erneute Umbau- und Renovierungskosten. Deren Höhe, und da kann man sicher sein, werden um ein vielfaches höher liegen, als die bis dahin eingesparte Miete aus der Kirchgasse. Gespart hat dann keiner etwas, sondern das Gegenteil tritt ein.

Wer aber wirklich sparen will, der möge sich einmal den Haushaltsposten Fraktionsräume vornehmen. Hier hat sich die CDU für ein halbes Jahr 50.000 DM genehmigt, um sich anstatt der unlängst gekündigten Fraktionsräume für 33.000 DM im Jahr, neue, noch größere Räume zu suchen.

Man sagt, man müsse sparen und im gleichen Atemzug stellt man sich umgerechnet 100.000 DM für eigene Fraktionsräume zur Verfügung.

Damit die CDU nicht alleine dasteht, hat sie die SPD animiert mitzumachen, und siehe da, auch die SPD wird sich nach eigenen Fraktionsräumen umschauen. Da 100.000 DM für beide zu wenig ist, wird nun überlegt, wie man im Nachtragshaushalt '94 noch ein bißchen Geld locker machen kann, damit es für beide reicht. Seien wir gespannt was dann als nächstes gekippt wird. Oder werden wir als nächsten Sparbeschluß vielleicht Fraktionsräume von CDU und SPD im Alten Rathaus präsentiert bekommen? Das ist ihnen zuviel? Uns schon lange.

Deshalb entscheiden Sie sich für das Kulturcafé, damit unsere Stadt für Junge und Ältere attraktiver wird, damit auch abends junge Menschen mehr kulturelle Vielfalt vorfinden und nicht gezwungen sind, mit dem Auto in die großen Städte zu fahren.

Wählen Sie am 18. September 1994 ein Kulturcafé für Mörfelden-Walldorf.

Wir freuen uns, Sie im Wahllokal zu treffen.

**Mit freundlichen Grüßen
Ihre Kulturinitiative**

Wir schlagen vor: Am 16. Oktober PDS wählen!

Immer mehr Menschen sorgen sich um ihre Zukunft und die Zukunft unseres Landes. Zu recht: Denn CDU/CSU, FDP sowie die hinter ihnen stehenden Unternehmerverbände und Banken planen die Vernichtung dessen, was man noch Sozialstaat nennen kann. Gegen das Volk, gegen Recht und Verfassung! Schon jetzt können glitzernde Fassaden und ungeheurer Reichtum in den Händen weniger nicht darüber hinwegtäuschen:

Die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen werden schlechter. Angst und Unsicherheit breiten sich aus. Demokratie und Mitmenschlichkeit gehen zunehmend verloren. Brutalität und Gewalt drohen zum dauernden Bestandteil unseres Lebens zu werden. Diese Entwicklung, begonnen bereits in der alten Bundesrepublik, hat sich seit der Einverleibung der DDR enorm beschleunigt. Kanzler Kohl, CDU/CSU und FDP versprachen der DDR-Bevölkerung vor vier Jahren blühende Landschaften und sozialen Aufschwung. Heute sieht jeder: Der Anschluß der DDR hat die Macht und den Einfluß der großen Kapitalgruppen gestärkt, neue Konzentrationen des Reichtums - speziell in den Händen von Wessie-Spekulanten - geschaffen und ließ ganze Landstriche und Industrien im Osten Deutschlands veröden.

Den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer wurden schon als sicher erlebte Rechte wieder genommen, vom Recht auf Arbeit und Ausbildung bis zur fortschrittlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Hunderttausende wurden mit Berufsverboten, massiven Rentenkürzungen oder anderen Diskriminierungen bestraft. Aber auch die arbeitende Bevölkerung in den alten Bundesländern gehört zu den „Anschlußverlierern“. Mit wachsenden Abgabenlasten und der weitgehenden Zerstörung des Sozialstaats bezahlt sie für die als „Aufbauwerk Ost“ getarnte gigantische Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Mit der Panikmache um den „Standort Deutschland“ sollen die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen weichgeklopft werden, den Abbau jahrzehntelanger sozialer Errungenschaften der Arbeiterbewegung

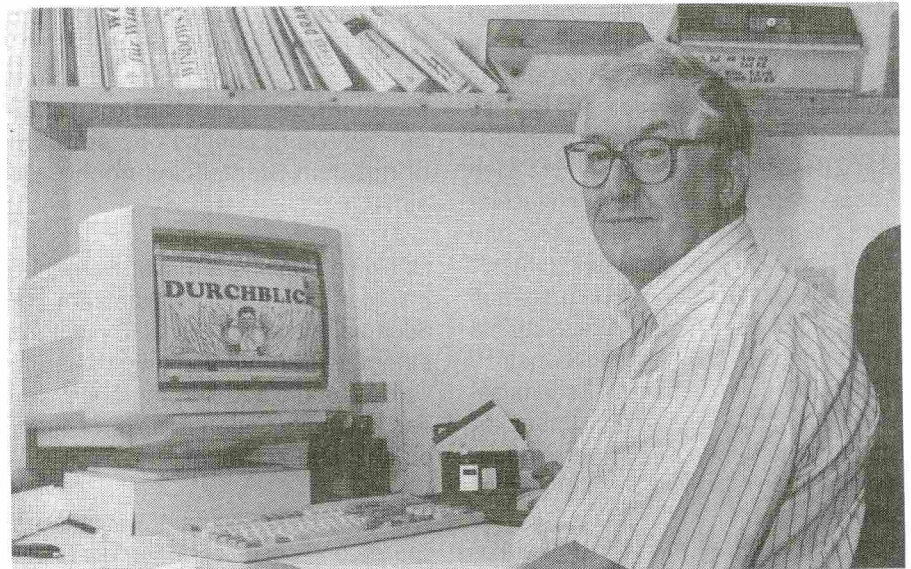
und ihrer Gewerkschaften kampflos hinzunehmen. Die Menschen erleben die Kluft zwischen dem, was ihr Leben ausmacht - sichere Arbeitsplätze und Einkommen, auch im Betrieb akzeptiert zu werden, eine Zukunft für sich und ihre Kinder zu haben - und dem was betriebswirtschaftlich vernünftig erscheint, damit der Betrieb konkurrenzfähig bleibt. Dafür sollen sie Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung, längere und flexiblere Arbeitszeiten und weiteren Sozialabbau in Kauf nehmen. Dies ist der Boden, auf dem Ausländerhaß, Rassismus, Antisemitismus und die Mordbrennerei der Neonazis gedeihen. Und es sind zugleich die inneren Bedingungen, unter denen die Großbanken, die Konzerne und die Rechtsregierung des größer gewordenen Deutschlands ihre ökonomische Vorherrschaft in Europa politisch und militärisch absichern wollen und nach einer neuen Weltmachtrolle streben. Verantwortlich für diese Entwicklung sind die in Bonn regierenden Parteien des großen Kapitals. Die Scharping-SPD, ängstlich darum bemüht, sich bei den Unternehmern lieb Kind zu machen, sagt „Ja und Amen“ zu Sozialabbau, Bundeswehreinsetzungen, „Lauschangriff“. Sie stimmt zu, daß die Pflegeversicherung nur von den Arbeitneh-

mern bezahlt wird und akzeptiert die Privatisierung der Post. Sie hat sich dem bornierten Geschichtsbild eines Helmut Kohl angepaßt, wonach eine Alternative zum Kapitalismus nicht einmal mehr gedacht werden darf. Sie denkt nicht einmal mehr eine Alternative zur Weltmarktexpansion und Weltmarktorientierung.

Denkverbote statt Aufbruch, Anpassung statt Widerstand. Dieses Bild kennzeichnet die SPD, kennzeichnet das gesamte politische Leben im Wahljahr 1994.

Nur die kleine Gruppe der PDS/Linke Liste-Abgeordneten hat, von den Medien weitgehend verschwiegen, im Bundestag konsequent ihre Stimme gegen den Kurs des sozialpolitischen Kahl-schlags, des Demokratieabbaus und der militärischen Weltmachtambitionen erhoben. Sie allein stimmte geschlossen gegen die Maastricht-Verträge, gegen Blauhelmeinsätze, für die Abschaffung der §§ 218/219. Im Fall Bischofferode brachte sie außerparlamentarische Auseinandersetzungen ins Parlament. Das Abbügeln der Interessen der Bevölkerung der fünf neuen Länder durch den Bonner Parteienklüngel hat dort zur Sammlung großer Teile der Wählerschaft bei der PDS geführt. Antikommunistische Argumen-

(Fortsetzung nächste Seite)



Rudi Hechler, Stadtverordneter der DKP/Offene Liste in Mörfelden-Walldorf, kandidiert als Direktkandidat der PDS zur Bundestagswahl '94 im Wahlkreis 141 Groß-Gerau.

te und Kampagnen, wie wir Kommunisten sie aus der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik nur allzugut kennen, werden daher aus der Rumpelkammer des kalten Krieges hervorgekratzt und gegen die PDS ins Feld geführt. Auch die Bündnis 90/Grünen beteiligen sich leider allzu bereitwillig an der Diffamierungskampagne, die einzig den Zweck verfolgt, den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag zu verhindern.

Wir Kommunisten in der DKP sagen:

Die PDS muß im Bundestag bleiben. Von ihr kann kritisches Denken und Handeln im Sinne einer linken, fortschrittlichen Opposition ausgehen. Unser Land braucht linken Aufbruch! Demokratischen Widerstand! Soziale Gerechtigkeit! Diesen Forderungen bei der Bundestagswahl Geltung zu verschaffen heißt: die offenen Listen der PDS wählen. Veränderung beginnt mit Opposition!

Dies dient der Sammlung der Linken und ist ein Baustein zur Formierung von Gegenmacht, wider die rechtskonservativen Putschabsichten gegen die sozialen Rechtsgrundlagen dieser Republik. Das begünstigt auch die Chancen, daß kritische Kräfte innerhalb der SPD dem Schmuse- und Unterwerfungskurs ihrer Parteiführung nicht widerstandslos folgen. Die zahm und zahnlos gewordenen Grünen brauchen ebenfalls linken Druck.

Uns Kommunistinnen und Kommunisten trennt manches von der PDS. Aber wir wissen um den Wert einer entschiedenen linken Kraft im Bundestag.

Deshalb: Wer Kohl & Co. am 16. Oktober die Rote Karte zeigen will, wer mit uns der Meinung ist, daß der nächste Bundestag eine konsequente Opposition braucht, der hat nur eine Wahl: Gegen den Bonner Rechtskurs PDS wählen - für eine linke Alternative.

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

**Unser Konto:
Kreissparkasse GG,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

Undemokratische DGB-Entscheidung in Groß-Gerau

Am 26. September 1994 macht der DGB Kreis Starkenburg in Büttelborn seine übliche Wahl-Podiumsdiskussion. Eingeladen sind: SPD, CDU, FDP und „Die Grünen“. Nicht eingeladen wurde die PDS, die in Hessen mit einer Landesliste und in fast allen Wahlkreisen mit Direktkandidaten antritt.

Rudi Hechler, Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf und Direktkandidat der PDS im Kreis Groß-Gerau, hält diese Art von Demokratieverständnis für unmöglich. „Jeden Tag wird über die PDS geredet, selbst soll sie aber nicht zu Wort kommen“, meinte er.

POST

Polizei-Einsatz gegen Ausländer - einmal anders

Die Ausländer hatten sich vor ihrer Botschaft versammelt, hielten Transparente und riefen Parolen.

Innerhalb weniger Minuten erschien ein Sonderkommando der Polizei und „räumte ab“. Nach 2 Minuten war alles vorbei, und die Ausländer lagen mit gefesselten Händen in einer Reihe auf dem Bauch. Die Transparente flogen auf einen Haufen, die Demonstranten wurden abgeschoben.

Ein Vorfall, der Demokraten üblicherweise Sorge bereitet aber diesmal gab es spontanen Beifall, als die Szene im Fernsehen gezeigt wurde: Die ausländischen Demonstranten waren nämlich Skinheads und Neonazis, die vor der Deutschen Botschaft in Luxemburg Naziparolen schwenkten und „Sieg Heil“ brüllten. Die Herren waren sehr verblüfft, daß ihre Lieblingsparole „Ausländer raus“ bei der Luxemburger Gendarmerie auf so fruchtbaren Boden fiel - jedenfalls bei solchen Ausländern. In Luxemburg hat man Nazis aus gutem Grund in schlechter Erinnerung - auch bei der Polizei.

„Nur, weil die CDU drohte nicht zu kommen, wenn die PDS da sei, will man diese linke Oppositionspartei nicht ins Podium aufnehmen“, sagte Hechler, der selbst seit Jahrzehnten aktiver Gewerkschafter ist.

Wie er auf Nachfrage erfuhr, geht die Entscheidung des DGB-Zweigbüros Groß-Gerau nicht auf einen DGB-Beschluß, sondern auf eine „DGB-Anweisung“ zurück. „Diese Vorgehensweise stellt die parteipolitische Unabhängigkeit des DGB einmal mehr in Frage“, sagte Hechler.

Er fordert alle Gewerkschafter, vor allem auch die auf dem Podium angekündigten Parteien auf, gegen die DGB-Willkür auszuwählen, die sich bemerkenswerterweise gegen eine im Bundestag vertretene Partei richtet, zu protestieren. „Wer nicht widerstehen kann, sollte sich wenigstens widersetzen“, meinte der PDS-Kandidat.

Und noch etwas: Die Luxemburger Polizei erschien ganz unspektakulär mit 2 Pkw's, und soweit man sehen konnte, waren nicht mehr als acht Leute (und drei Hunde) im Einsatz. Da fiel kein Schlag zuviel, kein Schuß „löste sich“, keine Brutalität - die Herren wurden beherzt angefaßt und in solider Polizeiarbeit überwältigt. Ein Sprecher der Luxemburger Gendarmerie bedankte sich noch artig für den Tip, der (immerhin) „von deutschen Kollegen“ gekommen sei. Es geht also!

Die deutsche Polizei sollte von ihren europäischen Nachbarn etwas lernen. Dann wird man hierzulande vielleicht seltener sehen, wie Polizisten (scheinbar) machtlos vor rechten Krawallen stehen (wie in Lichtenhagen), Nazis bei Verfolgungsjagden gegen ausländische Mitbürger erstmal gewähren lassen (wie in Magdeburg), auf der anderen Seite aber immerhin so mutig sind, siebzig(!) Mann hoch eine Handvoll jugendlicher Punks zu verdreschen (wie kürzlich in Frankfurt). A.J.Arndt

UZ

**Zeitung
der DKP**

Probexemplare bestellen!

Hoffnungstr. 18 , 45127 Essen

Stadtgeschichten



Unser heutiges Bild zeigt das Elternhaus von Konrad Wilker (Rädels-Konrad) in Walldorf, Kelsterbacher Straße 2, Anfang der 20er Jahre. Es war wohl ein Samstagnachmittag, („Gassekehrzeit“), als der kleine Konrad, heute in Mörfelden wohnend, die Straße kehren mußte. Diese Arbeit war überwiegend Aufgabe der Kinder, die diese - den jüngeren sei es zum Trost gesagt - auch nicht immer ohne Murren erledigten.

Vom Fenster aus wurde anscheinend sein Tun von Erwachsenen begutachtet und sicherlich hieß es, „nimm die Gießkann, daß es net so staabt (staubt),“ denn die Bürgersteige waren noch nicht befestigt. Am Fenster sehen wir von links Katharina Becker, Konrad Becker und Jakob Becker.



INFAM-Umfrage zum Superwahljahr

Was bringt 1994?

- 13% meinen: Einen Machtwechsel
- 14% denken, es bleibt alles beim alten
- 73% glauben, daß es erst einen Machtwechsel gibt, und dann bleibt alles beim alten.

**Wahlzettel
sind
Denkzettel**

PDS